

KOALITION

Seehofer sagt Kindergeld-Erhöhung ab

CSU-Chef Horst Seehofer hält eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen im Koalitionsvertrag für ausgeschlossen. „Ich sehe derzeit nicht, woher die Milliardenbeträge kommen sollen, die die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages kosten würden“, sagt Seehofer. CDU und CSU hatten im Wahlkampf mit der Erhöhung geworben. Den Bruch eines Wahlversprechens sieht Seehofer jedoch nicht. „Diese Leistungen standen im Wahlprogramm unter Finanzierungsvorbehalt, und dann kann man jetzt nicht so tun, als wären sie ohne Rücksicht auf die Finanzen versprochen worden.“ Seehofer will das Nein zur Kindergelderhöhung auch als Ermahnung an die Fachpolitiker verstanden wissen, in den Verhandlungen mit der SPD auf das Geld zu achten. Beim Staatsbürgerschaftsrecht will Seehofer der SPD allerdings entgegenkommen. Bei den sogenannten Beichtstuhlgesprächen am vergangenen Donnerstag in Berlin forderten er und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich

(CSU) auf, seine Blockadehaltung zu beenden. Friedrich prüft nun Änderungen am sogenannten Optionszwang. Die Regel betrifft vor allem in Deutschland geborene Türken. Sie müssen sich zwischen ihrem

18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die türkische Staatsbürgerschaft abgeben, um Deutsche zu bleiben. Die SPD fordert eine Abschaffung dieser Regel zugunsten einer doppelten Staatsbürgerschaft. Friedrich will nun anbieten, dass hier geborene Einwandererkinder, die sich zuerst gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben, diese Wahl ihr Leben lang wieder revidieren können. Nach Seehofers Vorstellungen soll der Koalitionsvertrag am Ende ein schmales Dokument werden. „Ich stelle mir ein Papier vor, das deutlich kürzer ist als 100 Seiten. Wir sagen, was wir machen wollen, und woher wir das Geld dafür nehmen. Ende.“



Seehofer

HENNING SCHACHT



G36-Sturmgewehre

CHRISTIAN THIEL

VERTEIDIGUNG

Im Kochsalznebel

Die Bundeswehr reagiert auf Probleme ihres Standardsturmgewehrs G36 und hält nach einem Nachfolgemodell Ausschau. Einem internen Vermerk aus dem August zufolge soll das Kommando Heer klären, ob der Hersteller Heckler&Koch ein verbessertes Produkt liefern kann oder ob gleich ein ganz neues Gewehr entwickelt werden muss. Der General des Heeres Rainer Korff ist mit Anbietern von Sturmgewehren im Gespräch, um sich eine Marktübersicht zu verschaffen. Laut Vermerk sind die Defizite des G36, von dem bislang 180 000 Exemplare für 180 Millionen Euro angeschafft wurden, noch größer als bekannt (SPIEGEL 38/2013). Bislang wusste man, dass das G36 nicht mehr präzise trifft, sobald es in der Sonne oder durch Dauerfeuer heiß wird. „Im Einsatz ist es dem deutschen Infanteristen nicht sicher möglich, ein intensives Feuergefecht auf Kampfentfernungen über 100 m erfolgreich zu führen“, heißt es in dem internen Bericht. Dies sei „nicht hinnehmbar“. Zudem habe man beobachtet, dass sich bei „extrem feuchter Umgebung“ die Treffsicherheit auch schon bei Raumtemperatur verschlechtert. Das wirft die Frage auf, ob das G36 überhaupt bei Einsätzen wie am Horn von Afrika verwendet werden kann. Das Bundesverteidigungsministerium hingegen behauptet, man habe das G36 „im Rahmen der Einführung in Kochsalznebel“ erfolgreich getestet. Es sei „auch für die Einsätze der Marine geeignet“.

PARTEIEN

Kein guter Stil

In der Führungsspitze der CDU wächst der Unmut über Eckart von Klaeden. Grund ist dessen Entscheidung, trotz seines Wechsels zum Daimler-Konzern im Parteipräsidium zu bleiben. „Es mag keine Regelung geben, die Klaedens Rücktritt vorschreibt“, sagt ein Präsidiumsmitglied. „Aber es wäre eine Frage des guten Stils gewesen, sich rechtzeitig zurückzuziehen.“ Klaedens neue Aufgabe bestehe nämlich gerade in der Beeinflussung seiner

Parteifreunde zugunsten von Daimler. Der frühere Staatsminister war am 1. November aus dem Bundeskanzleramt zum Autokonzern gewechselt. In diesem Zusammenhang ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen Klaeden wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und gegen Daimler wegen möglicher Vorteilsgewährung. Klaeden und Daimler bestreiten die Vorwürfe. Der neue Cheflobbyist will seinen herausgehobenen Posten in der Partei bis Ende 2014 behalten. „Bis zum nächsten Wahlparteitag bin ich Mitglied im Präsidium“, bekräftigte Klaeden. Allerdings: „Ich beabsichtige nicht, erneut zu kandidieren.“